



## HOFFNUNG UND WECHSEL IN AMERIKA

Ex-US-Botschafter James D. Bindenagel über Trumps Welt

IN DIESER AUSGABE:

Offene Grenzen und Vorzüge des Freihandels

Die Angst vor dem Nichts und die Antwort der Populisten

Die Wahl Donald Trumps bedeutet einen Stresstest für die amerikanische Demokratie und deren Bindung an die gemeinsamen Werte der transatlantischen Beziehungen. Trump hat sich auf clevere Weise Wählergruppen erschlossen. Er perfektionierte seine Fernsehauftritte und dominierte die Nachrichten über Twitter und mit haarsträubenden Aussagen, die Fernsehquoten und Einnahmen in die Höhe trieben. Er befeuerte die Unzufriedenheit über das abnehmende Einkommen der Mittelschicht und den Identitätsverlust und stachelte zu Nonkonformismus an. Daneben wütete er gegen die Wall Street und die vermeintlich schwache Führungsposition Obamas in Kriegsfragen.

Die amerikanischen Wähler haben mit der Wahl Donald Trumps die Gelegenheit verpasst, die ihren Beschwerden zugrunde liegenden Ursachen der Globalisierung, Digitalisierung, des technologischen Wandels und des Identitätsverlustes zu lösen. Die politischen Eliten haben es nicht geschafft, die Auswirkungen dieser tektonischen Verschiebungen zu meistern. Trump hat dieses Scheitern für seinen Wahlkampf genutzt und dazu beigetragen, dass diese Verschiebungen zu Konflikten über Geschlecht, Rasse, Religion und Umwelt geführt haben.

Der gewählte Präsident muss nun die Zukunft der amerikanischen Politik gestalten. Die internationale Führungsrolle Amerikas wurde durch die Kandidatur von Donald Trump beschädigt. Seine Ablehnung der Nato-Beistandsgarantie, sein Ruf nach einer Neuverhandlung von Handelsabkommen, seine Unterstützung des Isolationismus, seine Forderung, keine Muslime ins Land zu lassen, sein Plan des Baus einer Mauer an der Grenze zu Mexiko sind

zutiefst verstörende Zeichen. Er ist und bleibt eine störende Figur für die Führung der Vereinigten Staaten.

Für Trump wird es schwierig werden, diese Positionen umzukehren. Seine im Wahlkampf getätigten Aussagen haben die derzeitige Politik bereits untergraben, wie zum Beispiel sein Vorschlag, die russische Annexion der Krim anzuerkennen. Russland, China und der Iran werden alle Entscheidungen des neuen Präsidenten genauestens beäugen. Tatsächlich ist Trumps Wahl zum Präsidenten der Stresstest für die Demokratie in den Vereinigten Staaten und für das Ausland durch die amerikanische Außenpolitik.

Die liberale Weltordnung gründet auf der transatlantischen Partnerschaft. Diese Partnerschaft ist für das Andauern von Frieden und Wohlstand im 21. Jahrhundert von entscheidender Bedeutung. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte in ihrer Gratulation an den neuen ame-



James D. Bindenagel. (Foto: wiki)

rikanischen Präsidenten deutlich, dass die derzeit stattfindende Auflösung der westlichen Weltordnung durch die US-Wahl möglicherweise beschleunigt wird. Nichtsdestotrotz betonte sie die enge Partnerschaft Deutschlands mit Amerika durch gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde. Diese Partnerschaft ist der Grundstein der deutschen Außenpolitik und wird es auch bleiben, wenn Deutschland und die USA gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit wie Terrorismus, Klimawandel, Armut, Hunger, Krankheiten und die Intervention für Frieden und Sicherheit in Angriff nehmen. Dem neuen Präsidenten bot sie eine enge Zusammenarbeit an.

Deutschland hat begonnen, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Das deutsche Weißbuch aus diesem Jahr hat einige Fortschritte gemacht und deutsche Interessen der deutschen Außenpolitik und eine „Führungsrolle“ der Bundeswehr für Auslandseinsätze definiert. Die Ausformulierung der Übernahme außen- und sicherheitspolitischer Verantwortung in Allianzen und Partnerschaften stellt einen Wendepunkt der deutschen Sicherheitspolitik dar.

Die liberale internationale Ordnung mit ihrem Ansatz des praktischen Realismus, die mit den europäischen Partnern aufgebaut wurde, befindet sich in der Auflösung. Um Lösungen für die Flüchtlingskrise, die territorialen Streitigkeiten im asiatisch-pazifischen Raum, den Ukraine Konflikt auf europäischem Territorium und den IS-Terrorismus und den Bürgerkrieg in Syrien im Nahen Osten zu finden, wird der Rückhalt der Bevölkerung benötigt. Welche politischen Parteien können

in Europa die Stimmen der Benachteiligten, der Demoralisierten und der Verlierer von Globalisierung, Digitalisierung und technologischem Wandel für sich gewinnen?

Die politischen Führer müssen das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihre Politik wieder aufbauen. Sie müssen die Bedürfnisse der Menschen erfüllen und nicht nur die Bedürfnisse des „Establishments“. Vielleicht findet der neue amerikanische Präsident Weisheit in den Worten Ciceros, der beim Schreiben von „Laelius“ einen Blick in die Zukunft bot und betonte, dass persönliche Treffen und die auf Argumenten basierte Diskussion uns einander näherbringen. Wenn die europäisch-amerikanische Einheit weiterhin besteht, dann können wir auch anderer Meinung sein, ohne dass sich unsere Weltordnung auflöst.

Rufen wir uns, wenn wir an die US-Wahlen denken, Sir Winston Churchill ins Gedächtnis. Er sagte: „Man kann sich immer darauf verlassen, dass die Amerikaner das Richtige tun, nachdem sie alles andere ausprobiert haben.“ Dieses Jahr und bei dieser Wahl haben wir wirklich alles ausprobiert. Und nun richten wir unseren Blick nach vorne. Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren. Denn wenn wir die Hoffnung verlieren, dann verlieren wir alles. Lassen Sie uns in die liberale Weltordnung und in unsere Fähigkeiten vertrauen, diese Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

➤ Professor James D. Bindenagel ist Botschafter a.D. der USA in Deutschland und Leiter des Center for International Security and Governance. Der Text ist eine redaktionelle Kurzfassung seines Vortrags bei den Landauer Akademiegesprächen am 8. Dezember 2016.

## EDITORIAL

Wenn nicht alles täuscht, stolpert die Weltpolitik in eine Phase neuer Unübersichtlichkeiten. Nicht zuletzt der Kurs der Supermächte trägt dazu bei. Von den USA waren wir derlei lange nicht gewohnt. Donald Trump ernannte einen ausgemachten apokalyptischen Reiter zu seinem Sicherheitsberater – und servierte ihn wenig später kalt ab. „Nicht-Intervention“ wurde zur Leitlinie der amerikanischen Außenpolitik erklärt. Aber schon vor Ablauf der 100-Tage-Frist wurde das angesichts des Einsatzes der sprengstärksten konventionellen Bombe der Welt zur Makulatur. Seriöse Prognosen scheinen angesichts solcher Volten kaum möglich. Entsprechend stellt sich Europa auf sehr unterschiedliche Szenarien ein.

Intensiv wird über Sicherheitspolitik diskutiert. Mehr Geld für Rüstung? Mehr deutsche Verantwortung für Kampfeinsätze? Eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik? Vielleicht sogar eine nuklear bewaffnete EU? Das ist in den Debatten ein Top-Thema. Ist das richtig so? Wieder Frieden schaffen mit immer mehr Waffen? Über Handelspolitik wird diskutiert, unter anderem über die deutschen Exportüberschüsse und die damit verbundenen Schulden der anderen bei uns. Darüber wächst der Unmut, nicht nur bei europäischen Nachbarn, sondern auch in Amerika. Geht es uns zu gut – im Vergleich und vielleicht auch auf Kosten anderer? Und schließlich das große gemeinsame Projekt der freiheitlichen Demokratie. Deutschland verdankt Amerika in dieser Hinsicht viel – und viel steht auf dem Spiel.

Gibt es eine besondere christliche Perspektive auf die Weltpolitik?



Akademiedirektor Christoph Picker.

Vielleicht zweierlei: Wer weiß, dass jedes Land „God's Own Country“ ist, kann nie ausschließlich die eigenen nationalen Interessen verfolgen, sondern wird sich immer auch in die Perspektiven der anderen hineinversetzen. Er wird eher zur Kooperation als zur Isolation oder gar zur Konfrontation neigen. Das andere: Bescheidenheit. Wenn Amerika groß sein will, sollte zumindest klar sein, dass diese Größe an der Souveränität Gottes ihre Grenze hat. Und wenn Deutschland ein „Anker der Hoffnung“ für die Welt sein soll – so Frank-Walter Steinmeier bei seiner Amtseinführung –, dann sollte nicht vergessen werden, dass hier ein biblisches Motiv aufgegriffen wird: Gott ist der Anker der Hoffnung (Hebräer 6, 19). Der protestantische Bundespräsident weiß das.

Ihr

*Christoph Picker*

## HAUSMITTEILUNG

Wenn sich am Telefon künftig Katrin Jäger meldet, handelt es sich nicht um eine neue Mitarbeiterin. Katrin Diehl arbeitet schon lange bei uns. Seit ihrer Hochzeit trägt sie den Nachnamen ihres Ehemanns. Wir gratulieren. Unser Studienleiter Felix Kirschbacher ist ebenfalls längst eingearbeitet. Die feierliche Einführung aber steht noch aus: am 28. Mai im Sonntagsgottesdienst in der Landauer Stiftskirche. Auch der Jugendpreis der Evangelischen Akademie bleibt der Jugendpreis der Evangelischen Akademie. 2017 ist er jedoch erstmals mit der Nominierung für den Deutschen Engagement-Preis verbunden. Wirklich neu sind hingegen die beiden 17-jährigen Preisträgerinnen Hannah Bornemann und Fee Aurora Winkler.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, E-Mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker

**Redaktion:** Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck  
**Verlag:** Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44  
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

## EFFEKT UND HASCHEREI

**Soziale Medien wie „Twitter“ oder „Facebook“ waren nicht der alleinige Impulsgeber des „Arabischen Frühlings“ 2011, doch ihr Einfluss ist nicht zu leugnen. Der damals entstandene Eindruck, dass etwa die Versammlungen auf dem Tahrir-Platz in Kairo ohne „Twitter“ nicht in einem solchen Ausmaß entstanden wären, ist mittlerweile relativiert worden. SMS und Mund-zu-Mund-Propaganda spielten eine bedeutendere Rolle.**

Dennoch haftet dem Kommunikationswerkzeug der Ruf an, ein Mittel zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen zu sein. Bürger konnten sich mithilfe von Social Media plötzlich an einer repressiven Regierung vorbei organisieren und miteinander in Kontakt treten. Wenn Berichte kritischer Journalisten nun ihren Weg leichter an die Öffentlichkeit finden konnten, schienen sich die Effekte der digitalen Revolution auch nachhaltig auf die Macht undemokratischer Staaten und Prozesse auszuwirken.

Frühe Web-Theoretiker wie Howard Rheingold prophezeiten, dass das Netz die Welt zu einem besseren Ort und den Menschen zu einem besseren Wesen machen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht bewahrheitet, doch in mobilen Endgeräten wie Smartphones schien sich ein neues utopisches Potenzial zu manifestieren. Und dann kam Donald Trump.

Die Nutzung von Social Media in Wahlkämpfen ist nicht neu, und auch Donald Trump bedient sich dieser Kommunikationskanäle. Ging es im Arabischen Frühling jedoch vor allem um den Austausch mit Gleichgesinnten, verfolgt Trump spätestens seit dem Wahlkampf ein anderes Ziel mit seinen Tweets. Natürlich sollen die 140-Zeichen-Nachrichten auch seine mehr als 20 Millionen Follower erreichen. Entscheidender für deren Wirksamkeit ist jedoch, dass er einen anderen Diskursprozess kapert: den modernen Nachrichtenzyklus der Print- und TV-Medien. Nicht zufällig feuert der aktuelle US-Präsident seine 140-Zeichen-Salven mit Vorliebe zwischen Mitternacht und den sehr frühen Morgenstunden ab: Diese Zeitwahl garantiert, dass die von Trump gewählten Themen die ersten Nachrichtensendungen sowie die Online-Präsenzen der großen US-Zeitungen dominieren und mehr Menschen erreichen.

Diese Praxis funktioniert, weil Trump „Twitter“ anders nutzt als seine Konkurrenten zuvor. Üblicherweise werden Social-Media-Kanäle zur Verstärkung der eigenen Botschaft herangezogen. Trumps Kampagne geht einen Schritt weiter. Hier wird „Twitter“ zur zentralen Ankündigungsplattform. Nicht mehr die Pressekonferenz mit ihrem vermeint-

lichen Filter, den so oft geschmähten Journalisten, sondern der scheinbar filterlose, niedrigschwellige Mikrobloggingdienst wird zum zentralen Kommunikationsorgan. Die Vorteile liegen auf der Hand. Zum einen steht dem Präsidenten ein unmittelbares Medium zu den Bürgern zur Verfügung; ein direkteres, massenwirksames Aufeinandertreffen in repräsentativen Demokratien ist kaum vorstellbar. Zum anderen erzeugt die Nutzung eines persönlichen „Twitter“-Accounts verlässlich den Anschein von

Aktivität und Handlungsmacht.

Wie schnell sich vermeintliche Vor- in Nachteile wandeln, lässt sich bei Trump besonders gut beobachten. Vor allem, wenn man einen verbreiteten Irrtum über „Twitter“ und andere Social Media auflöst: „Twitter“ ist kein Medium oder ein neutral zu betrachtender Kommunikationskanal, genauso wenig wie die „Süddeutsche Zeitung“ ein Medium ist. „Twitter“ ist ein knallhart wirtschaftlich ausgerichtetes und operierendes Unternehmen und – im Gegensatz zu Tageszeitungen – nicht im Geschäft der Informations- und Wahrheitsfindung unterwegs. Dem amerikanischen Konzern ist es egal, ob Trump „Fake News“ oder „Hate Speech“ verbreitet, solange die Nutzer des Netzwerks nicht deswegen „Twitter“, sondern höchstens Trump den Rücken kehren. Die Befürworter demokratischer Werte können es hingegen nicht gleichgültig hinnehmen, wenn Trumps Lügen die Diskurshoheit für sich beanspruchen.

Der zweite Vorteil von Trumps „Twitter“-Nutzung scheint sich jedoch noch schneller ins Gegenteil zu verwandeln. Der beständige Strom an Drohungen, Versprechen und „alternativen Fakten“ muss zunehmend selbst für seine Unterstützer zweifeln, wenn sich die performierte Handlungsmacht fast ausschließlich in gescheiterte Gesetzesvorlagen, von Gerichten ausgesetzte Anordnungen und in sich zusammenfallenden Ankündigungen übersetzt. Für Trumps Start in seine Präsidentschaft wie auch die überzogenen Erwartungen an die als Medien getarnten Social-Media-Unternehmen gilt das Gleiche: Es ist nicht alles so great, great, great wie von vielen erhofft. *Felix Kirschbacher*

**„Twitter“ ist ein knallhart wirtschaftlich ausgerichtetes und operierendes Unternehmen.**



In der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen haben mehr als 40 Prozent der Wähler Parteien gewählt, die aus der EU und dem Euro raus wollen. Natürlich ist die Freude bei den Börsen und Europas Politikern nicht deshalb groß, weil die Rechtsaußen Marine Le Pen und der Linksaußen Jean-Luc Mélenchon erfolgreich waren. Nein, die Freude ist so groß, weil „nur“ 40 Prozent der Wähler für die Links- und Rechts-Nationalisten gestimmt haben. Das Aufatmen war auch deshalb so lautstark, weil man wegen dem Brexit und der US-Wahlen den Umfragen für die Präsidentschaftswahl nicht mehr so recht traute.

Doch warum suchen diese ganz unterschiedlichen politischen Bewegungen ihr Heil im Nationalen und in der Abschottung? Die Menschen verstehen die Zusammenhänge nicht und haben Angst vor Verlusten durch die Veränderung. Deshalb sehen Sie sich nach einer heilen Welt zurück, die es aber nie gegeben hat.

Diese Verlustängste sind töricht und widersprechen eklatant jeder Erfahrung. Denn das Gegenteil ist richtig: Von international akzeptierten Regeln und Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation WTO oder eben der Europäischen Union (EU) profitieren alle, die daran teilnehmen. Sie machen unsere Welt stabiler, planbarer, weniger krisenanfällig. Der Kuchen wird größer, sodass alle mehr bekommen können. Das gilt in besonderem Maße für den Freihandel. Er ermöglicht es jeder Volkswirtschaft, sich auf das zu konzentrieren, was sie besonders gut und besonders günstig herzustellen vermag. Die Volkswirte sprechen von „komparativen Vorteilen“.

Geradezu grotesk nimmt sich vor diesem Hintergrund das Verhalten der britischen Regierung nach dem Brexit aus: Das Vereinigte Königreich verlässt den größten Binnenmarkt der Welt und gleichzeitig erklärt die Premierministerin, das Heil ihres Landes liege in der Globalisierung. Die EU ist gelebte und geglückte Globalisierung! 60 Prozent der britischen Exporte gehen auf den Kontinent.

Miteinander eng verflochtene Volkswirtschaften benötigen für den möglichst reibungslosen Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitnehmern entsprechende Regeln. In der EU leisten dies eine ganze Reihe von Verträgen und Abkommen. Die Gründungsakte des vereinten Europas, die Römischen Verträge, wurden erst vor wenigen Tagen 50 Jahre alt. Die EU-Mitgliedsstaaten haben so in vielen Jahrzehnten den größten Binnen-



Beratungen über Europa (von links): Bundeskanzlerin Merkel begrüßt die britische Premierministerin May.

(Foto: epd)

## FÜR OFFENE GRENZEN

### Werner Simon über wirtschaftliche Vorzüge des Freihandels

**Die Stimmen für Le Pen und Mélenchon in Frankreich, die Wahl Trumps in den USA und die Abstimmung der Briten für den Austritt aus der EU haben einen gemeinsamen Kern: die Ablehnung der internationalen Handelsordnung, die Ablehnung von Freihandel, die Ablehnung internationaler und transnationaler Zusammenarbeit und Kooperation. Die beiden europäischen Wahlen sind zudem Absagen an die Europäische Integration und die EU. Auch die Wahlerfolge der AfD bei uns haben dieselben Ursachen.**

markt der Welt mit 500 Millionen Menschen gegründet; und unseren Kontinent nach Jahrhunderten von Konflikten und Kriegen befriedet! Eine Leistung, die zu Recht mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde.

Nicht immer geht wirtschaftliche und politische Integration dabei so weit wie in Europa. Geht es nur um den Austausch von Waren und Dienstleistungen, schließen Länder Freihandelsverträge ab und binden sich so an eine regelbasierte, gemeinsame Ordnung. Im Moment befindet sich

gerade Ceta, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, in der Ratifizierung. In der Öffentlichkeit hat es aber keinen sehr guten Stand. Noch schlimmer ist der Ruf von TTIP, dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Das Chlorhühnchen lässt grüßen. Der 45. US-Präsident hat TTIP vorläufig gestoppt. Den Linken-Politiker Gysi hatte das nach der Wahl Trumps sogar dazu veranlasst festzustellen, dass ihn immerhin das positiv an dessen Wahl stimme.

Eine seltsame Koalition zeigt sich da. Aber sie ähnelt eben jener von Le Pen und Mélenchon in Frankreich. Bei allen sonstigen Unterschieden der Rechtsextremen und des Linksextremen, in ihrer Ablehnung von Freihandel sind sie sich ei-

nig: Er wird verantwortlich gemacht für wirtschaftlichen Niedergang und den Verlust nationaler Identität. Auch die Proteste gegen TTIP und Ceta in Deutschland zeigen, wie nah an diesem Punkt die Extreme beieinanderliegen. Oder wie es der französische Denker Jean de La Bruyère ausgedrückt hat: „Les extremes se touchent.“

Das Beispiel Deutschlands zeigt, dass diese von den Populisten aufgestellte Gleichung verkehrt ist. Unser Land ist eine der offensten, das heißt am besten vernetzten Volkswirtschaften weltweit. Zu unserem Schaden ist das nicht. Im Gegenteil: Unsere exportorientierte Industrie, beispielsweise der Maschinenbau, die Automobilhersteller oder die chemische Industrie, sind die Grundlage unseres Wohlstands und auch unserer sozialen Sicherheit. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz. Die Exportquote liegt bei 55 Prozent. Das ist nach Baden-Württemberg deutschlandweit der zweithöchste Wert!

International erfolgreich sind dabei nicht nur Großkonzerne, sondern auch viele kleine und mittlere Unternehmen, die in ihren Märkten oftmals Weltmarktführer sind. Wir haben in Deutschland zudem intakte Wertschöpfungsketten, eine ausgezeichnete Forschungslandschaft und mit dem dualen Ausbildungssystem die beste Nachwuchsschmiede weltweit. Wir haben ausgeglichene Haushalte, die höchsten Erwerbstätigenzahlen und die geringste Arbeitslo-

sigkeit seit Jahrzehnten. Und vor allem haben wir die soziale Marktwirtschaft. Sie bietet mit ihren Sozialversicherungen Schutz vor den existenziellen Risiken Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig ermöglicht sie mit ihrem marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen Wettbewerb und Dynamik.

Mit Blick auf Frankreich und die USA lässt sich argumentieren, dass es nicht gut ist, wenn das Pendel zu weit Richtung Sozialstaat beziehungsweise Markt ausschlägt. Im Falle Frankreichs würden ein überbordender öffentlicher Dienst und ein zu rigides Steuer- und Arbeitsrecht die wirtschaftliche Dynamik ab. In den USA geht gesellschaftlicher Zusammenhalt verloren, wenn die Verlierer von Strukturwandel und technischem Fortschritt alleingelassen werden. Populisten machen sich beides zunutze und präsentieren ihre einfachen Lösungen: Abschottung und Nationalismus. Das wird nicht funktionieren. Übrigens haben wir eine ähnliche Entwicklung schon mal erlebt. Nach der großen Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren wendeten sich viele Volkswirtschaften von der Globalisierung ab. Und schufen so den Nährboden für den Zweiten Weltkrieg. Auch wenn sich Geschichte niemals wiederholt, sollten wir uns dieses Muster angesichts der jüngsten Ereignisse in Deutschland, Europa und der Welt in Erinnerung rufen und mutig für offene Grenzen und Freihandel eintreten.

Viele kleine und mittlere Unternehmen sind in ihren Märkten oftmals Weltmarktführer.



Neu ist, dass durch die Anonymität des Internets Grenzen des Sagbaren verschoben worden sind und dass das offen gesprochene Wort polternder, mitunter von Wut berauschter Mitbürger nicht mehr im kleinen, intimen Stammtischkreis verbleibt. Hassreden haben nie gekannte Breitenwirkung durch soziale Medien erlangt, die der eigenen Weltanschauungen als Plattformen dienen. Dies bliebe unbeanstandet, wäre es ein Gewinn für eine repräsentative Demokratie. Doch sind die Meldungen und Meinungen Einzelner im Internet stets tendenziöser Ausschnitt. Es fehlt die professionelle Aufbereitung einschlägiger Medien gegen das Vorherrschen persönlicher Ansichten.

**Der feste Glaube an die Segnungen des Neoliberalismus führte zu Deregulierungen im Bankensektor.**

Dem fügt sich hinzu, dass die Wiederholung eines Standpunkts verstärkt um die Suggestion, dass viele Leute diesen Standpunkt teilen, andere absehbar dazu führen wird, an diesen einen Standpunkt zu glauben. Hinter der bei Soziologen als Gruppenpolarisierung bekannten Erscheinung verbirgt sich, dass Menschen, die in Gruppen miteinander gesprochen haben, danach zu extremeren Ansichten in der Tendenz des anfänglichen Gruppenkonsenses neigen.

Noch vor 80 Jahren konnten hierzulande gegen den Staat gerichtete Aussagen lebensgefährlich sein. Heute kann in unserer rechtsstaatlichen Demokratie nichts dergleichen geschehen, was als Errungenschaft nicht hoch genug zu werten ist. Da in den Kommentarspalten der Internetmedien und den sozialen Netzen die Grenzen aber vielfach überschritten werden, befinden wir uns in der paradoxen Situation, demokratische Meinungsfreiheit vor dem zu schützen, was ungebremst und unbedacht in Worte gefasst wird.

Virtuell verbreitete Hassreden und Falschmeldungen sind sehr konkrete Gefahren für Zusammenhalt und Sicherheit einer Gesellschaft, wenn nicht gar die größte Herausforderung für Demokratien im Internetzeitalter. Hassrede birgt in sich das Phänomen, dass einem vorhandenen Gedanken zu widersprechen sehr viel leichter ist, als einen neuen Gedanken zu entwickeln. Kant fand übrigens in dieser Differenz zwischen bloßem Widerspruch und geistiger Schöpfung das Kriterium des Genies. Nicht zuletzt wegen diesem Überhang an Widerspruch zu geistiger Schöpfung ist das Internet zu einem fruchtbareren Boden für die populistischen Vereinfacher geworden, denn in der eigenen „Ordnung“ zu stecken, heißt offenbar auch zu fahrlässiger Komplexitätsreduktion zu neigen. Entsprechend haben alle populistischen Bewegungen auf „Facebook“ weitaus mehr Fans als die etablierten Parteien.

Regierungen, die versuchen, sich Hasssprache zu erwehren, laufen Ge-

fahr, Eiferer zu stärken, weil sich mehr Menschen bestärkt fühlen in ihrer Ansicht, sich nicht frei äußern zu dürfen. Redefreiheit ist der Sauerstoff einer Demokratie, deren Beschränkung gleichsam jedes andere demokratische Recht beschneidet. Repräsentative Demokratien arbeiten freilich als feingliedrige Konstrukte, deren wichtigstes Fundament das Vertrauen ist. Gewählten Volksvertretern wird der Vertrauensvorschuss gewährt, dass sie für die eigenen und die gemeinschaftlichen Interessen kraft einer inneren Eigenschaft einzutreten vermögen und diese im Rahmen rechtsstaatlicher Ordnung umsetzen. Indem jeder Einzelne in einer Demokratie sein Wahlrecht ausüben kann, beruht dieses Vertrauen zugleich auf dem Eindruck, Kontrolle über äußere Vorgänge zu

haben. Wird das Vertrauen durch Krisen beeinträchtigt oder gar durch ein Versagen von Systemen zerstört, fehlt jene entscheidende Basis der Demokratie, und es mag eintreten, was der Philosoph Schelling als die große Lebensangst des Menschen benennt: nämlich nicht mehr Herr seiner selbst als vernünftiges Wesen zu sein. Ein Systemversagen wie die Finanzkrise 2008 kann als ein wesentlicher Treiber von Vertrauensverlust betrachtet werden, indem die Entscheidungsträger diese Krise nicht nur herbeiführten, sondern sie nicht zu verhindern wussten. Wie konnte es dazu kommen?

Es war der feste Glaube an die Segnungen des Neoliberalismus, also wenig Staat und viel Markt, der in den 1980er Jahren die Reagan-Administration, gefolgt von Premierministerin Thatcher, zu Deregulierungen im Bankensektor veranlasste. Neu geschaffene Finanzinstrumente erwiesen sich in der Folge als einträgliche Gewinnquellen für sämtliche Marktteilnehmer, neben Banken und Hedgefonds auch für Versicherungen und Pensionsfonds. Gleichsam überhitzen diese Strömungen in nachfolgenden Dekaden, und die in ihren Auswirkungen inzwischen unüberschaubaren Finanzkonstrukte lösten durch die internationalen Verflechtungen eine Finanzkrise aus, die einmalig in der Nachkriegsgeschichte war. Die Unüberschaubarkeit der Finanzinstrumente, ebenso wie die weltweiten Verflechtungen nationaler Finanzmärkte, machten es auch Fachleuten unmöglich, die Krise voraussehen. Es handelte sich deshalb um ein Systemversagen der kapitalistischen Marktordnung, die ein wesentlicher Bestandteil der westlichen Nachkriegsordnung ausmacht.

Seitdem Steuerzahler für Managementfehler hoch bezahlter Banker geradestehen mussten, hat das Argument, der Markt soll entscheiden, an Glanz verloren. Zwar hätte der Ausleseprozess in der Finanzkrise viele große



Durch Lachen die Angst vor den Populisten bannen: Ein Wagen auf dem Rosenmontagszug in Düsseldorf.

(Foto: epd)

## DIE ANGST VOR DEM NICHTS UND DIE ANTWORT DER POPULISTEN

Wie der Vertrauensverlust in die westlichen Demokratien überwunden werden kann

**Spätestens mit der Wahl des Demagogen Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA, aber zuvor auch schon nach dem überraschenden Ausgang des Brexit-Referendums in Großbritannien, stellt sich die Frage nach den Ursachen für Nationalismus inmitten robuster demokratischer Institutionen auf das Dringlichste. Zwar handelt es sich bei den Wählern der AfD in Deutschland noch um eine Minderheit, aber auch hier ist die Frage zu stellen, wie der in**

Banken in den Bankrott getrieben, die wegen ihrer Systemrelevanz nicht zusammenbrechen durften. Die Wut und das Gefühl, dass Banker, die Milliarden versenkt haben, ungeschoren davongekommen sind, trugen jedoch erheblich zum Autoritätsverlust der Eliten bei. Mit der Zeit wird es möglich, dem Vertrauensverlust durch neue Ordnungsrahmen entgegenzuarbeiten, etwa indem dem Haftungsprinzip Geltung verschafft wird. Dennoch scheint plausibel, dass die Finanzkrise eine neue Ära eingeleitet hat, die, so der britische

Historiker Timothy Garton Ash, durch drei größere Krisen gekennzeichnet ist: die Krise des Kapitalismus, die Krise der Demokratie und das Projekt der europäischen Integration.

Ein tief greifender Vertrauensverlust in den repräsentativen Demokratien der westlichen Welt liegt allen drei Krisen zugrunde, der durch Unübersichtlichkeit zugleich eine Daseins-Angst im Sinne Schellings befördert haben mag. Populisten sprechen davon, dass sie „im Namen des Volkes“ die Wahrheit sagen. Trumps „I am your voice!“ for-

atemberaubender Geschwindigkeit wachsende Zulauf zu ihr und anderen populistischen Parteien zu erklären ist? Die Berliner Journalistin Heike Kreutz-Arnold wagt auf der am 9. Februar 2017 von der Evangelischen Akademie der Pfalz gemeinsam mit dem Ernst-Bloch-Zentrum in Ludwigshafen veranstalteten Tagung „Die neuen Wirren des Nationalismus“ eine Antwort, die wir in einer redaktionell gekürzten Fassung dokumentieren.

muliert den populistischen Anspruch über demokratischen Institutionen zu stehen, legitimierte politischen Parteien, Verfassungsgerichten, Parlamenten ebenso wie dem Staatsoberhaupt. „Das Volk“ liegt dabei innerhalb klar definierter Grenzen „normaler Menschen“ oder „anständiger Leute“. In dieser diffusen Begrifflichkeit kann sich jeder wiederfinden, es sei denn, er ist Manager, Politiker, Muslim oder Geflüchteter, Mexikaner, Pole oder Kurde, um nur einige Gruppen ausgewiesener Sündenböcke zu benennen. Abschottung ist

Gebot aller Populisten. Indem sie sich konträr zu offenem, pluralistischem Denken verhalten und eine surreal vereinfachte, überschaubare Welt zeichnen, bedienen sie nicht zuletzt Ängste, verursacht durch die Unüberschaubarkeit der realen Welt.

Alle populistischen Parteien erproben einen Aufstand gegen eine Moderne, die in den Augen ihrer Gegner zum „Ancien Régime“ der globalisierten Klasse geworden ist. Getragen wird er von jenen, die sich nicht dazugehörig fühlen oder nicht dazugehören wollen,

von jenen, die sich gegen das eigene Establishment oder fremde Strömungen von außen abschirmen wollen. Rechtssein ist Aufbegehren gegen die Arroganz und das Überlegenheitsgefühl, es ist „wir da unten gegen die da oben“.

Anstatt Aufbruchstimmung angesichts endloser Möglichkeiten für den Einzelnen in der Globalisierung, anstatt einen gesunden Optimismus gegenüber Veränderungen in guter alter aufklärerischer Tradition zu pflegen, verbreitet sich diffuse Negativität, die vor allem bewirkt, dass zu begegnenden Herausforderungen nicht mit einem gesunden Maß an Besorgnis gegenübergetreten wird, sondern mit dem Gefühl der Angst. Es herrscht Angst vor Ausprägungen und möglichen Folgen der Globalisierung wie Massenmigration, Terrorismus, Wirtschaftskrisen, Umweltzerstörung oder Armut. Es herrscht Angst vor Arbeitsplatzverlust durch technologischen Wandel. Der amerikanische Ex-Vizepräsident Jo Biden sagte in seiner Davoser Rede im vergangenen Jahr: „Wenn Menschen fühlen, dass ihnen ihre Chance auf ein gutes Leben genommen worden ist, dann ist die unausweichliche menschliche Reaktion Angst, Frustration und Ärger.“

Lohnt es nicht, dass Menschen in einer repräsentativen Demokratie ihre Ängste überwinden? Sind Menschen in rechtsstaatlichen Gewaltenteilungen gezwungen, Lebensformen zu beschreiten, die ihnen widerstreben? Jeder Blogger im Nahen Osten würde dem vehement widersprechen. Zu beklagen ist gleichwohl, dass Entscheidungsträger diesseits und jenseits des Atlantiks erst jetzt, nach Brexit und Trump, dessen gewahr werden, dass die Ängste der Menschen nicht zu übergehen, sondern ernst zu nehmen und in der Tiefe zu verstehen sind. Angst ist in Abgrenzung zur Furcht auf Unbestimmtes gerichtet und vermag es dadurch, viele Ebenen zugleich zu durchdringen und miteinander zu vermischen, ohne dass dies für die Betroffenen unmittelbar sichtbar wird. Dies zeigt sich etwa darin, dass Globalisierungsängste auch bei jenen Menschen anzutreffen sind, die kaum von deren Ausprägungen oder Folgen betroffen sind.

Anders in der klassischen griechischen Antike, als sich Menschen in einen Kosmos eingebunden wähten, der als sinnhaft empfunden wurde, ist der Mensch in säkularer Zeit durch die Zentrierung des Ichs als alleiniger Bezugspunkt in besonderer Weise gefordert. Philosophen wie Platon oder Aristoteles begriffen die Welt als eine vom Guten getragene Ordnung. Während Furcht vor Konkretem, Innerweltlichem thematisiert wird, kommt in der griechischen Antike eine unbestimmte Angst nicht in den Blick. Angst vor etwas, das nicht fassbar, nicht begreifbar

ist, gilt als unsinnig. In unserer Zeit gehören Ängste jedoch zum Leben. Indem uns das Dasein keine Antworten gibt auf Existenzfragen, verwehrt uns das Diesseits eine Orientierung.

Die „Condition Humain“ säkularer Epochen verursacht nicht Furcht vor dem, was uns in der Zukunft bevorstehen mag, denn darüber wissen wir nichts, sondern Angst, dass wir Bevorstehendes nicht erfassen können. Es ist nicht mehr die Furcht vor der Hölle, sondern die Angst vor dem Nichts. Lohnt es also doch nicht, Ängste mit äußerster Kraftanstrengung zu überwinden? Der späte Schelling, der das Unbegreifliche, das Irrationale in der Welt und im Menschen entdeckt, stellt fest: „Weit entfernt, dass der Mensch die Welt begreiflich mache, ist er selbst das Unbegreifliche.“

**Philosophen wie Platon oder Aristoteles begriffen die Welt als eine vom Guten getragene Ordnung.**

Humboldt hat in seinem humanistischen Bildungsideal die Eigenschaften des Menschen in einerseits zufällige und vorläufige und andererseits in wesentliche und bleibende Merkmale unterschieden. Verschiedenheit der Charakterformen von Individuen, Klassen und Nationen war ihm ein notwendiger Ausdruck der Vielfalt und der Entfaltung der im Menschen selbst liegenden Anlagen und Möglichkeiten. Humboldt forderte, dass jeder Mensch alle Verhältnisse, in denen er sich befindet, auf sich einwirken lasse, um den auf diesem Weg erhaltenen Stoff in Form, die Mannigfaltigkeit in Einheit zu verwandeln. Je besser ihm dies gelänge, so Humboldt, „desto reicher, lebendiger, kraftvoller, fruchtbarer ist er“. In seiner „Theorie der Bildung des Menschen“ war ihm die zentrale Aufgabe eines jeden, sich zu einer umfassend gebildeten, reichen Persönlichkeit zu vervollkommen. Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, erachtet er die Hilfestellungen durch die Gesellschaft, die Kultur und der allgemeinen Institutionen als unabdingbar.

Vor dem Hintergrund, dass weder Flüchtlingselend noch die Klimakatastrophe oder der globale Terrorismus national zu bewältigen sind, wäre die Bemühung um Humboldt'sches Bildungsideal kein Selbstzweck, sondern unbedingte Notwendigkeit in einer unaufhaltsamen Globalisierung. Fortschritt und Demokratie sind Königsweg, auf denen es sich den Ambivalenzen der Moderne zu stellen gilt, dem Verhältnis zwischen kollektiven Erfahrungen und Zukunftsentwürfen und der Erosion der leichten Erklärungen.

Der Mensch als denkendes Schilfrohr ist biegsam, kann sich gleichsam verändern, und so sei der Frage nach einem möglichen letzten Aufflackern des Nationalismus mit einem Zitat aus Musils „Mann ohne Eigenschaften“ zu entgegnen: „Es kommt nicht auf den Fehltritt an, sondern auf den nächsten Schritt nach diesem!“



# EHRBARER KAUFMANN

## Veränderungen statt ein paar guter Taten sind gefordert

Corporate Social Responsibility (CSR), auch bekannt als gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, unternehmerische Nachhaltigkeit oder ehrbarer Kaufmann, gewinnt in der öffentlichen Debatte zunehmend an Bedeutung. Das Thema CSR umfasst dabei einen sehr weiten Bereich, da keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs existiert. Also was genau ist CSR, und warum sollte man sich damit beschäftigen? Dieser Frage ging unsere Autorin bei einer Veranstaltung der Jungen Akademie nach.



Unternehmen sind auf Akzeptanz ihrer Umgebung angewiesen: Kirchturm vor der BASF.

(Foto: Kunz)

In einer hoch dynamischen und globalisierten Welt verändert sich auch das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Wirtschaft: Während von Unternehmen früher lediglich erwartet wurde, bestimmte Produkte oder Dienstleistungen bereitzustellen, wird heute gefordert, dass sie gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und zur Lösung von sozialen und ökologischen Problemen beitragen. Für Unternehmen sind diese neuen Erwartungen relevant, da sie ihre Existenzberechtigung daraus ziehen, einen Mehrwert für die Gesellschaft zu schaffen, den diese anerkennt. CSR ist also eine Möglichkeit für Unternehmen, ihre Legitimität in der Gesellschaft zu stärken.

In der Praxis wird CSR hauptsächlich als freiwilliger Beitrag für die Gesellschaft über das Kerngeschäft eines Unternehmens hinaus verstanden. Hierzu gehören zum Beispiel die Einsparung von Kohlendioxid, Abfallreduktion oder das Sponsoring von wohltätigen Initiativen oder Veranstaltungen. Obwohl dies wertvolle Beiträge zum Gemeinwohl sein können, reichen solche Aktivitäten nicht aus, um als Unternehmen die eigene gesellschaftliche Verantwortung zu erfüllen. Wenn ein Unternehmen zum Beispiel auf der einen Seite wohltätige Zwecke finanziell unterstützt und sich als verantwortlich präsentiert, auf der anderen Seite jedoch Geschäfte durch den Betrug von Kunden macht, ist dies letztendlich eine moderne Form des Ablasshandels.

Anstatt sich also auf freiwillige gute Taten zu konzentrieren, sollten Unternehmen zuerst sicherstellen, dass sie Fehlverhalten, wie zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder Umweltbelastungen, vermeiden und sich an grundlegende Spielregeln in der Gesellschaft halten. Die Basis einer sinnvollen CSR-Strategie besteht daher darin, dass Unternehmen gewährleisten, in all ihren Aktivitäten und Interaktionen verantwortungsbewusst und im Rahmen geltenden Rechts und gesellschaftlicher Normen zu agieren. Erst wenn dies gegeben ist, kann sich ein Unternehmen als verantwortungsvoll bezeichnen. Langfristig führt regelkonformes Verhalten von Unternehmen dazu, dass ihre Akzeptanz in der Gesellschaft als legitimer wirtschaftlicher Akteur steigt und ihre Aktivitäten als Beitrag zum Gemeinwohl anerkannt werden.

Während es zunächst fast banal erscheinen mag, den Kern von CSR an gesetzes- und normkonformes Verhalten zu knüpfen, ist die praktische Umsetzung einer so verstandenen Unternehmensverantwortung alles andere als einfach. Durch Globalisierung und dadurch entstehende neue Verflechtungen ist das Handlungsfeld für Unternehmen komplexer geworden. Anders als früher, in den Grenzen des Nationalstaats, gibt es auf globaler Ebene kaum allgemeingültige Gesetze und Normen, an denen sich Unternehmen orientieren können. Stattdessen umfassen Wertschöpfungsketten oft viele verschie-

dene Länder mit einer Vielzahl von Gesetzen und kulturellen Werten. Vor allem von großen Unternehmen wird zudem erwartet, dass sie Verantwortung für ihre Zulieferer übernehmen. Eine sinnvolle Verantwortungsübernahme im Kontext dieser Herausforderungen erfordert unternehmerische Strukturen, die das Unternehmen von der Führungsetage bis zum einzelnen Mitarbeiter in die Lage versetzen, im täglichen Betrieb potenzielle Probleme in komplexen und global verflochtenen Zusammenhängen zu erkennen und verantwortungsvoll damit umzugehen.

Um eine so verstandene CSR-Strategie praktisch umzusetzen, müssen bei allen Mitarbeitern ein entsprechendes Bewusstsein und Fähigkeiten aufgebaut werden. Abhängig von den bestehenden Strukturen, der Kultur und Werten im Unternehmen, kann dies bedeuten, dass es grundlegender Änderungen bei Verhaltensweisen von Mitarbeitern bedarf und Mitarbeitern zudem zu vermitteln ist, warum und wie sie im Alltag anders agieren sollen. Ein solcher Bewusstseinswandel erfordert umfassende organisatorische Veränderungsprozesse sowohl auf formaler als auch informeller Ebene. Auf formaler Ebene gibt es mehrere Möglichkeiten, Steuerungsmechanismen einzuführen, die klare Strukturen zur regelmäßigen Bestandsaufnahme und Nachsteuerung von unternehmensweiter Verantwortungsübernahme schaffen. Hierzu gehört zunächst die Kommunikation einer

Unternehmensstrategie und Verhaltenskodizes, die Verantwortungsübernahme als wichtigen Wert im Unternehmen betonen. Mitarbeiterschulungen und Vergütungssysteme, die verantwortungsvolles Verhalten honorieren, können helfen, auf individueller Ebene ein Bewusstsein für Verantwortung zu schaffen und zu bestärken. Außerdem können Risikomanagement- und Regelüberwachungssysteme sowie interne Revisionen einen langfristigen Veränderungsprozess hin zu mehr Verantwortungsübernahme unterstützen.

Formale Steuerungsmechanismen allein reichen aber nicht aus, denn diese Strukturen müssen immer auch von einer informellen Unternehmenskultur unter den Mitarbeitern gestützt werden. Dies zeigt sich zum Beispiel, wenn formale unternehmensweite Verhaltenskodizes, die verantwortungsvolle Handlungsweisen vorschreiben, durch eine informelle Kultur mit unverantwortlichen Verhaltensweisen untergraben werden. Zu beachten ist, dass informelle Verhaltensweisen und Werte nur in Grenzen gezielt zu beeinflussen sind und zudem nur langfristig verändert werden können. Hier ist vor allem die Führungsebene eines Unternehmens gefordert, entsprechende Signale zu senden und ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen. Nur die langfristige und zuverlässige CSR-Selbstbindung eines Unternehmens ist sowohl für Mitarbeiter als auch die Allgemeinheit glaubhaft.

Wie eine sinnvolle CSR-Strategie, die entsprechenden Maßnahmen und Veränderungsprozesse eines Unternehmens aussehe können, hängt vom Geschäftsmodell, der Unternehmensgröße und individuellen Faktoren ab. Es bedarf einer detaillierten Analyse des Unternehmens und seines Umfelds, um eine solche Strategie zu entwickeln. Außerdem sollte dieser Prozess unter enger Einbindung der Mitarbeiter stattfinden, denn letztendlich entscheiden Mitarbeiter im Rahmen ihrer täglichen Arbeit darüber, ob und inwieweit Normen und Gesetze befolgt werden.

Aus den vorangegangenen Ausführungen folgt, dass es für Unternehmen unerlässlich ist, sich mit ihrer Verantwortung auseinanderzusetzen, um die Akzeptanz und das Vertrauen der Gesellschaft zu wahren. Um dies erfolgreich in der Praxis umzusetzen, sind nicht nur gute Taten, sondern vor allem umfassende Veränderungsprozesse zur langfristigen Entwicklung einer verantwortungsbewussten Unternehmenskultur gefordert. *Julia-Marie Degenhardt*

➤ Die Autorin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Vechta. Ihre Ausführungen basieren auf einem Vortrag bei der Tagung „Kleider machen Leute – Leute machen Kleider“ der Jungen Akademie.

# GUTE ZEITEN FÜR POLITOLOGEN

## Timo Werner über das Frank-Loeb-Institut und Trump

Zu den Kooperationspartnern der Evangelischen Akademie gehört das Frank-Loeb-Institut. Es wurde vom Landauer Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli gegründet und versteht sich als ein zentrales Institut der Universität Koblenz-Landau. Seit 20 Jahren hat es seinen Sitz im Frank-Loeb'schen Haus in der Landauer Innenstadt. Geschäftsführer ist der 39-jährige Politologe Timo Werner, der in Regensburg und Washington studierte und bei Sarcinelli promoviert wurde. Im Gespräch mit den „Protexen“ berichtete er über seine Arbeit.

„Aufgabe des Frank-Loeb-Instituts ist es, mit Themen der Politikwissenschaft in die Gesellschaft hineinzuwirken. Zwar begreift sich die Universität Landau insgesamt als eine Universität in der Gesellschaft, aber das Institut ist nochmal auf besondere Weise zum politikwissenschaftlichen Transfer in die Gesellschaft aufgerufen, vor allem im Bereich der politischen Kommunikation“, beschreibt Werner die Aufgabe des Instituts. Ein Mittel, dieses zu leisten, sei neben verschiedenen Veranstaltungsformaten eine Gastprofessur für bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Zu Werners Aufgaben gehört es, mit den Kooperationspartnern des Instituts, etwa der Evangelischen Akademie und der Friedensakademie Rheinland-Pfalz, neue Veranstaltungsreihen zu planen. Dabei sei für das Frank-Loeb-Institut die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie besonders interessant, weil bei den gemeinsamen Veranstaltungen politikwissenschaftliche und ethische Diskurse zusammenträfen, so Werner. Beispielhaft dafür seien die Landauer Akademiegespräche, bei denen als dritter Kooperationspartner die Stadt Landau mit im Boot sei. Interessant seien auch die Kooperationen mit einigen Schulen am Ort. „Auch das ist eine Möglich-



Timo Werner. (Foto: pv)

keit, als Universität in die Stadt hineinzuwirken“, so Werner.

Als das Besondere an der Kooperation mit der Evangelischen Akademie bewertet Werner die Möglichkeit, mit einem Publikum in Kontakt zu treten, das „noch mal anders in der Gesellschaft angesiedelt ist“. Es gäbe, so Werner, ein „Akademie-afines Publikum, das einen eigenen ethisch-moralischen Blickwinkel mitbringt“. So sei der spannendste Abend bei den letzten Landauer Akademiegesprächen derjenige gewesen, wo es um die Rolle der Religion in den USA ging. Einer der Diskutanten warnte dabei, man solle sich nicht zu sicher sein, dass Donald Trump als Präsident scheitern

wird. Er könne sich vorstellen, dass Trump durchaus Chancen habe wiedergewählt zu werden, weil vor allem die Evangelikalen seine Versprechen bis jetzt erfüllt sehen.

Angesprochen auf seine Sicht auf die gesellschaftliche Rolle der Kirchen, antwortet Timo Werner: „In Zeiten der Verunsicherung sollten die Kirchen mehr Orientierung bieten, sozusagen Anker in einer unsicheren Welt sein.“ Auf genau diese Weise versuche Papst Franziskus derzeit durchaus erfolgreich Punkte zu machen, denn er habe verstanden, wie wichtig symbolisches Kapital sei. „Der weiß genau, warum er ein kleines Auto fährt und beim Besuch in Ägypten ungepanzert durchs Land fährt mit dem Hinweis, die Ägypter seien ja auch nicht gepanzert.“ Die Welt sei nun mal komplexer geworden, und die Menschen hätten Vertrauen in die Institutionen verloren, und da müssten gerade die Kirchen sich bemühen, glaubhaft zu sein und glaubwürdig zu handeln, so Werner.

Timo Werner kennt die USA seit seiner Studentenzeit in Washington. Angesprochen auf mögliche Veränderungen der Lage nach dem Amtsantritt Donald Trumps, redet er zu nächst über den entscheidenden Fehler der Demokraten bei der Kandidatnkür. Gewundert habe ihn nämlich, dass diese nach dem Anti-Establish-

ment-Wahlkampf Barack Obamas jemanden aufgestellt hätten, der sowohl zum Washington- als auch zum Wall-Street-Establishment gehört: „Mehr Establishment als Hillary Clinton geht nicht“, so Werner.

Zur politischen Kultur Amerikas gehöre es, dass viele politische Beamte nach einem Präsidentenwechsel aus der Administration zwar hinausgehen, aber in Washington bleiben und in Anwaltskanzleien oder Unternehmen anheuern. Nach der nächsten Wahl, so Werner, kämen diese dann aber mit dem neuen Präsidenten wieder in dessen Administration zurück. Damit entstehe so etwas wie ein institutionelles Gedächtnis.

Das habe sich jetzt mit Trump geändert: „Die einen wollen nicht mit Trump untergehen, die anderen kriegt er nicht durch den Kongress“, beschreibt Werner die Situation der vergangenen Monate. „Trump, der in der Politik unerfahren ist, sich jedoch in der Wirtschaft auskennt, müsste sagen: Ich hole mir Leute, die wissen, wie es läuft. Das macht er aber nicht. Diesen Dilettantismus, vor allem bei der Besetzung des National Security Councils, hätte ich ihm nicht zugetraut“, wundert sich Werner. Aber Trump habe nach wie vor hohe Zustimmungsraten – je nach Institut bis zu 60 Prozent, und deshalb hält Werner einen Rücktritt Trumps, weil ihm irgendwann die Arbeit zu viel ist, für wahrscheinlicher als ein Impeachment-Verfahren.

Insgesamt sieht Werner für Politikwissenschaftler, die politische Prozesse nicht gestalten, sondern beobachten und analysieren, „goldene Zeiten“. „Es ist ja nicht nur Trump, auch wenn man nach Frankreich schaut, tut sich mit En Marche und Le Pen einiges.“ Aber, so Werner: „Man beobachtet es nicht unbedingt mit Freude.“ *Martin Schuck*

## Freunde suchen Freunde

**Einladung zur Mitgliedschaft.** Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.



Werner Simon, Vorsitzender

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

**Ihre Vorteile als Mitglied:** > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protexen und Informationen über weitere Veröffentlichungen.

So werden Sie Mitglied:  
Rufen Sie uns einfach an,  
wir senden Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen,  
Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30,  
oder senden Sie uns eine E-Mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de).  
Oder schreiben Sie uns kurz:  
Evangelische Akademie der Pfalz,  
Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

  
GESELLSCHAFT DER FREUNDE  
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE  
DER PFALZ E.V.



# AUS DEM AKADEMIEPROGRAMM

Stand April 2017

28. Mai 2017, 10 Uhr, Stiftskirche, Landau

## Gottesdienst mit Einführung von Felix Kirschbacher

Der wissenschaftliche Studienleiter Felix Kirschbacher wird im Gemeindegottesdienst der Stiftskirche eingeführt. Den Gottesdienst leitet Pfarrerin Gerlinde Wnuck-Schad, die Predigt hält Felix Kirschbacher.

1. Juni 2017, 20 Uhr, Casimirium, Neustadt

## Hitlers „Mein Kampf“:

### Die kritische Bearbeitung eines fürchterlichen Pamphlets

Der Historiker und Mitherausgeber Roman Töppel wird in seinem Vortrag auf die Entstehung von „Mein Kampf“ und auf den Symbolwert eingehen, den das Buch zu Hitlers Lebzeiten hatte und Einblicke in die Arbeitsweise des Herausgeber-Teams geben. In Kooperation mit der Evangelischen Akademikerschaft Pfalz-Saar e.V.

8. und 9. Juni 2017, Hambacher Schloss und Hotel Achat, Neustadt

## Südwestdeutsche Medientage 2017:

### Medien und Politik in Zeiten des Wahlkampfes

Wie frei, wie unabhängig und wie kritisch sind die Medien in Deutschland tatsächlich? Öffentlicher Auftakt im Hambacher Schloss, Übernachtung und Tagung im Hotel. In Kooperation mit dem SWR2, dem SR und dem Frank-Loeb-Institut an der Universität Koblenz-Landau.

23. bis 25. Juni 2017, Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim

## Junge Akademie Wirtschaft: Controlling als Hüter unternehmerischen Wissens. Traditionelle Aufgaben und neue Perspektiven

Die traditionelle betriebswirtschaftliche Literatur betont Planungs-, Steuerungs- und Kontrollaufgaben. Neue Perspektiven erforschen jedoch auch die Wirkung von Anreizsystemen und das Verhältnis zwischen Controlling und Unternehmensethik. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

23. bis 25. Juni 2017, Lutherstadt Wittenberg

## Auf getrennten Wegen in die Moderne?

### Luther und Ignatius als Gestalter des Umbruchs

Zum Reformationsjubiläum widmen wir uns dem Vergleich zwischen Martin Luther und Ignatius von Loyola. Auf der Wartburg hält Ministerpräsident Bodo Ramelow die Tischrede. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, der Deutschen Provinz der Jesuiten, der Universität Leipzig, der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen und der katholischen Akademie Rhein-Neckar.

27. Juni 2017, 14 bis 18 Uhr, Butenschoen-Haus, Landau

## Barrierefreiheit für die Seele: Expertenworkshop zur Entwicklung kommunaler Handlungsstrategien

Seit einigen Jahren bearbeitet die Evangelische Akademie zusammen mit dem Pfalzkrankenhaus Klingenmünster und anderen Partnern Fragen der Inklusion im Blick auf Menschen mit psychischen Behinderungen. Derzeit werten Studierende der Universität Koblenz-Landau die Ergebnisse unserer Tagungen der letzten Jahre aus und systematisieren sie. In einer Arbeitsgruppe entwickeln wir daraus nun kommunale Handlungsstrategien. Wie kann Inklusion vor Ort praktisch werden? Auf persönliche Einladung.

29. Juni 2017, 19 bis 20.45 Uhr, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen  
**Krieg und Frieden – Von sich bekämpfenden Christen im Ersten Weltkrieg, Kriegen unter arabischen Muslimen und wie es anders gehen kann**

Wie war es in dieser historischen Situation möglich, dass sich Glaubensbrüder bis aufs Blut bekämpfen? Warum macht die Theologie das mit? Mit Andrea Hofmann, Theologin und Musikwissenschaftlerin, und Elhadi Essabah, Islam- und Religionswissenschaftler.

5. bis 11. Juli 2017, Studien- und Begegnungsreise Israel und Palästina

## Healing Hatred

Die Studienreise und im Anschluss die dritte Jahreskonferenz der International Association of Spiritual Care (IASC) gehen der Frage nach, wie zerrüttete Gesellschaften geheilt und Feindschaft und Uneinigkeit beseitigt werden können.

2. September 2017, 10 Uhr, Butenschoen-Haus, Landau

## Feedback- und Perspektivworkshop „Protestanten ohne Protest“

Die im April 2016 erschienene Veröffentlichung „Protestanten ohne Protest. Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus“ erfuhr eine beachtliche öffentliche Resonanz. Wir wollen bilanzieren und Impulse zur Weiterarbeit setzen.

27. September 2017, 19 Uhr, Ludwigshafen

## Themenabend zu alevitischem und islamischem Religionsunterricht

In Kooperation mit dem christlich-islamischen Gesprächskreis und dem Forum der Religionen Ludwigshafen.

20. bis 22. Oktober 2017, Martin-Butzer-Haus, Bad Dürkheim

## Was ist Wirtschaft?

Der Workshop gibt einen Überblick über zentrale Theorien und Modelle der Wirtschaftswissenschaften. Dabei wird insbesondere die Notwendigkeit einer ethischen Perspektive auf wirtschaftliches Handeln diskutiert. Für Jugendliche und junge Erwachsene von 15 bis 26 Jahren.

6. und 7. November 2017, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen

## Medienethik – Haltungen und Perspektiven im Zusammenspiel von jungen Menschen und Medien

Eine gemeinsame Veranstaltung der Evangelischen Akademie der Pfalz und des Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstituts der Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz. Für Medienpädagogen in der Erwachsenen- und Jugendbildung, Studierende, interessierte Erwachsene, Lehrkräfte und Schulleiter.

7. November 2017, 19 Uhr, Stadtbibliothek, Ludwigshafen-Mundenheim

## Usbekistan – Geschichten entlang der Seidenstraße.

### Lesung und Vortrag mit Oybek Ostanov

Um kaum ein anderes Land ranken sich so viele Mythen und Legenden wie um Usbekistan, das Land im Herzen Zentralasiens. Doch 70 Jahre Sozialismus und heutige Moderne kontrastieren islamische Traditionen. Die Kriege und Konflikte in Afghanistan und Pakistan, die totalitären Regime in den umliegenden ehemaligen Sowjetrepubliken veranlassen kontinuierliche Fluchtbewegungen.

E-Mail: [info@eapfalz.de](mailto:info@eapfalz.de) > [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

## WAS WOLLEN SIE WISSEN?

**So kommen Sie an mehr Informationen:** Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post senden: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter [www.eapfalz.de](http://www.eapfalz.de)

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel. privat \_\_\_\_\_ Tel. dienstlich \_\_\_\_\_